



Bericht aus Berlin

4 / 2013

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Deutschland hat nach wie vor einen attraktiven Wohnungs- und Immobilienmarkt

In dieser Sitzungswoche debattierte der Deutsche Bundestag über bezahlbares Wohnen. Dabei wurde auch der Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland beraten. Peter Götz betonte in seiner Rede: „Der Bericht der Bundesregierung unterstreicht die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft für Deutschland und für die Europäische Union. Sie hat einen wesentlichen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in unserem Land. Mit der Föderalismusreform 2007 haben die Länder auf eigenen Wunsch die Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung übernommen. Jedoch haben laut Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (GdW) seit dieser Zeit nur drei von 16 Bundesländer kontinuierlich gefördert. Das ist ernüchternd. Die Beseitigung des Wohnungsmangels kann nur in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen gelingen. Vor allem die Ballungsräume sind gefordert, geeignetes Bauland auszuweisen – damit ist allerdings nicht die „grüne Wiese“ gemeint. In den Städten gibt es große Brachflächen, die genutzt werden können. Außerdem sollte darüber nachgedacht werden, Belegungsrechte an Sozialwohnungen zu erwerben, um Menschen mit niedrigen Einkommen angemessenen preisgünstigen Wohnraum anbieten zu können.“

Weitere Informationen sowie den Wortlaut der Rede finden Sie unter: www.cducsu.de sowie <http://www.goetzpeter.de/meldungen/bericht-der-bundesregierung-uber-die-wohnungs-und-immobilienwirtschaft-in-deutschland/>

Unionsfraktion beim Dankgottesdienst für Benedikt XVI.

Papst Benedikt XVI. ist am Donnerstag um 20 Uhr nach achtjähriger Amtszeit zurückgetreten. Zum Pontifikatsende fand in der Berliner St.-Hedwigs-Kathedrale ein Dankgottesdienst statt, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sowie zahlreiche Mitglieder der Fraktion teilnahmen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekundete Benedikt XVI. darüber hinaus ihren Respekt und übermittelte ihm, dass sie ihm auch weiterhin verbunden bleiben werde. Der Papst hatte am 11. Februar überraschend seinen Rücktritt zum Ende des Monats angekündigt. Der 85-Jährige begründete dies damit, dass seine Kräfte nachließen. Benedikt XVI. ist der erste Papst seit Jahrhunderten, der sein Amt freiwillig aufgibt. Den Nachfolger wählt das Konklave, an dem alle Kardinäle teilnehmen, die zu Beginn der sogenannten Sedisvakanz – wörtlich übersetzt: der Zeit des „leeren Stuhls“ – das 80. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Somit umfasst das Konklave nun 115 Kardinäle, unter denen auch sechs deutsche sind. Wann genau die Kardinalsversammlung beginnt, ist noch nicht bekannt: Bislang galt, dass ein Konklave frühestens 15, spätestens 20 Tage nach Beginn der Sedisvakanz zusammentreten muss. Papst Benedikt XVI. hat jedoch in diesen Tagen noch ein „Motu proprio“ – ein päpstliches Dekret – erlassen, nach dem das Konklave auch früher, also möglicherweise schon in der nächsten Woche, beginnen könnte. Die Fraktion erinnert sich an den Besuch Benedikts XVI. in seinem Heimatland im September 2011: Die Rede des Heiligen Vaters vor dem Deutschen Bundestag und die gemeinsame Feier der Messe im Olympiastadion bleiben prägende Momente.

Entschließungsantrag...

In Entschließungen wird die Auffassung des Bundestages zu politischen Fragen zum Ausdruck gebracht und/oder die Bundesregierung zu einem bestimmten Verhalten aufgefordert. Entschließungen sind rechtlich nicht verbindlich, sondern von politischer Bedeutung. Ein Entschließungsantrag muss von einer Fraktion oder mindestens fünf Prozent der Abgeordneten unterzeichnet sein und sich immer auf eine bereits vorliegende Initiative wie etwa einen Gesetzentwurf oder eine Rechtsverordnung, eine Unterrichtung, eine Regierungserklärung, eine Große Anfrage, auf Entschließungen des Europäischen Parlaments oder Vorlagen der Europäischen Union beziehen. Entschließungsanträge zu Gesetzentwürfen und anderen Vorlagen können an einen Ausschuss nur überwiesen werden, wenn die Antragsteller nicht widersprechen. Über Entschließungsanträge kann der Bundestag erst abstimmen, wenn über die zugrunde liegende Vorlage durch Schlussabstimmung entschieden ist.

Nachrichten

Rechtsanspruch auf Betreuungsplatz ab 01. August 2013

Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, teilte diese Woche mit, dass ab 01. August 2013 der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder zwischen dem vollendeten ersten und dritten Geburtstag gilt. „Obwohl der Ausbau der Kleinkindbetreuung in die verfassungsrechtlich geregelte Zuständigkeit der Länder fällt, unterstützt der Bund den U3-Ausbau bis 2014 mit insgesamt 5,4 Milliarden Euro: Auf Investitionen zur Schaffung neuer Betreuungsplätze entfallen 4,5805 Milliarden Euro – für den Betrieb von Kinderkrippen und Tagespflegestellen werden jährlich 845 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zusätzlich steht seit 01. Februar 2013 ein KfW-Förderprogramm zur Unterstützung von Investitionen bereit. Das „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ zur Unterstützung von Tagespflegepersonen sowie die Unterstützung der betrieblichen Kinderbetreuung über Zuschüsse zu den Betriebskosten erhöhen die Bundes-Unterstützung noch einmal deutlich. Damit ist der Bund in erhebliche Vorleistung gegangen. Die Städte und Gemeinden haben beim Ausbau der Betreuungsplätze bisher große Anstrengungen unternommen, um möglichst viele Plätze zu schaffen. Das Land Baden-Württemberg ist jetzt aufgefordert, seinen Beitrag zum Ausbau der Kleinkindbetreuung ebenfalls zu erbringen, um sicherzustellen, dass in den Kommunen unserer mittelbadischen Region der Rechtsanspruch auch tatsächlich zum 01. August 2013 gewährleistet werden kann. Dabei ist wichtig, dass die in öffentlichen Diskussionen immer wieder genannte Betreuungsquote von 39 Prozent keine statische Größe darstellt, die jede Kommune erreichen muss. Bei dieser Betreuungsquote handelt es sich um einen mathematischen Durchschnittswert für ganz Deutschland. Auch in meinem Bundestagswahlkreis werden einige Kommunen mit deutlich weniger Betreuungsplätzen alle Ansprüche befriedigen können – andere Kommunen werden deutlich über die 39 Prozent hinausgehen müssen. Wichtig ist, dass auch bei uns zum 01. August 2013 möglichst alle Eltern, die es wünschen, einen Betreuungsplatz erhalten. Die von CDU und CSU geführte Bundesregierung hat alles getan, um dieses Ziel zu erreichen. Der Ausbau der Kleinkindbetreuung hat oberste Priorität.“

Politisch Interessierte in Berlin



Auf Einladung von Peter Götz kamen politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus seiner mittelbadischen Heimat in die Bundeshauptstadt. Das umfangreiche Programm der bildungspolitischen Informationsfahrt führte die Gäste auch in den Deutschen Bundestag. Dort hörten sie auf der Besuchertribüne im Plenarsaal einen Vortrag über die Arbeit des Parlaments und die Geschichte des Reichstages. Anschließend trafen sie Peter Götz im Vorstandssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer lebhaften Diskussion. Eine Besichtigung der Kuppel rundete das Programm im Reichstag ab. Weitere Programmpunkte waren u.a. eine interessante Führung und Besichtigung im Bundeskanzleramt. Sie besuchten auch die Humboldt-Box mit der

Ausstellung zu den Plänen des Humboldt-Forums und nahmen an einem Informationsgespräch mit Führung in der Gedenkstätte Hohenschönhausen teil. Ein informativer Vortrag in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Kurfürstendamm, der Besuch der Ausstellung „Tränenpalast“, dem ehemaligen Grenzübergang von Ost nach Westberlin und eine Stadtrundfahrt vermittelten zusätzliche Einblicke in die Hauptstadt.



Diese Woche diskutierte die AG Kommunalpolitik mit Hans-Peter Busson, Ernst & Young GmbH, die Ergebnisse einer Befragung von 300 deutschen Kommunen: Status Quo und Handlungsoptionen 2013.

Einige interessante Daten und Fakten...

Anzahl der Wohngeld-Haushalt sinkt auf 10%

Rund 770.000 Haushalte in Deutschland bezogen am Jahresende 2011 Wohngeld. Das waren 1,9% der privaten Haushalte. Im Jahr 2010 bezogen noch 2,1% der Haushalte Wohngeld. Dabei wurde das Wohngeld nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes in den neuen Ländern (ohne Berlin) 2011 fast doppelt so häufig in Anspruch genommen wie im früheren Bundesgebiet. 1,3% aller ostdeutschen und 1,7% aller westdeutschen Privathaushalte bezogen am Jahresende 2011 diesen öffentlichen Zuschuss. Die Zahlen über die Wohngeldbezüge im Jahr 2011 zeigen zudem, dass Einpersonenhaushalte am häufigsten Wohngeld empfangen: 56% aller Empfängerhaushalte waren Einpersonenhaushalte, 13% Zweipersonenhaushalte und 8% Dreipersonenhaushalte. 23% der Empfängerhaushalte machten Haushalte mit vier oder mehr Personen aus. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch lag 2011 bei 114 Euro im Monat.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Sozialer Aufstieg durch Arbeit und Bildung vermeidet Armut

Im März wird das Kabinett den 4. Armuts- und Reichtumsbericht beschließen. Die zur Vorbereitung herangezogenen Daten zeigen schon jetzt: Deutschland ist bei der Armutsbekämpfung gut vorangekommen. Der größte Erfolg im Kampf gegen die Armut entsteht dadurch, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, auf die Arbeitslose vermittelt werden: Die Arbeitslosigkeit konnte auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesenkt werden. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat seit 2007 um über 40% abgenommen (von 1,73 Millionen auf 1,03 Millionen in 2011). Chancen für Erwachsene auf Arbeit zu schaffen, heißt zugleich Chancen für die Kinder auf Bildung und sozialen Aufstieg zu schaffen: Dies lässt sich daran ersehen, dass die Zahl der bedürftigen Kinder unter 15 Jahren, die Unterstützung durch die Grundsicherung für Arbeitsuchende benötigen, rückläufig ist: 2001 waren es 236.000 Kinder weniger als im Jahr 2007. Bildung ist der Schlüssel für Beschäftigung und existenzsichernde Löhne: Auch hier gibt es Fortschritte: So stieg der Anteil von Schülern mit Hauptschulabschluss von 92,3% (2007) auf 93,5% (2010). Die Arbeitslosigkeit Jugendlicher hat sich halbiert. Deutschland hat dank des dualen Ausbildungssystems die niedrigste Jugendarbeitslosenquote in der Europäischen Union. Im August 2012 betrug sie hierzulande rund 6,1%, während sie in einigen europäischen Ländern um 50% beträgt. Außerdem positiv: Die materielle Absicherung im Alter zeigt eine stabile Entwicklung: Seit 2007 haben deutlich über 97% der über 65-jährigen existenzsichernde Alterseinkünfte. Die Ungleichheit der Einkommen nimmt seit dem Jahr 2005 ab. Die aktuellen Tariflohnsteigerungen setzen diesen Trend fort.

(Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Statistisches Amt der Europäischen Union, Bertelsmann-Stiftung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)